FREIHEITLICHE WIRTSCHAFT SALZBURG

ANTRAG 11.06.

Herrn Präsident
KommR Peter Buchmüller
Wirtschaftskammer Salzburg
Julius-Raab-Platz 1
5027 Salzburg

Salzburg, am 27. Oktober 2026

ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Salzburg am

17. November 2026

Abschaffung der ORF-Haushaltsabgabe

Der ORF erfüllt schon längst nicht mehr seinen eigentlichen Kernauftrag – die äquidistante Berichterstattung und Informationstätigkeit für alle Österreicher. Darüber hinaus ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Österreich massiv überfinanziert, so erhält dieser aktuell jährlich ca. 700 Mio. € aus der zwangsweise zu bezahlenden ORF-Haushaltsabgabe. Das sind mehr als 2/3 seines jährlichen Gesamtbudgets.

Mit der Umstellung von der GIS-Abgabe auf die Haushaltsabgabe mit Anfang 2024 wurde dem ORF ein noch größerer Kreis an Zwangsgebührenzahlern als ohnehin schon vorhanden, erschlossen. Nun gibt es keine Möglichkeit mehr sich von der ORF-Zwangsabgabe abzumelden, selbst wenn man keinen Fernseher hat. Auch Unternehmen werden jetzt doppelt und dreifach zur Kasse gebeten, sie müssen je nach Anzahl der Mitarbeiter noch zusätzlich bis 100 Haushaltsabgaben pro Jahr zahlen.

Ein völlig unhaltbarer Zustand, so werden in Österreich permanent alle Bürger und Unternehmer durch die Regierung oftmals mehrfach belastet. Eine Abschaffung der ORF-Haushaltsabgabe würde nicht nur Bürgern und Unternehmen zugutekommen, sondern auch den ORF unter einen gewissen Spardruck setzen. Diese Voraussetzungen wären auch ein Anreiz, endlich eine Reform des ORF hin zu einem schlanken und modernen öffentlich-rechtlichen Sender zu ermöglichen. Es gibt unzählige Sparpotentiale gerade im Bereich der Verwaltung, hier gilt es anzusetzen.

Die Abschaffung der Rundfunkgebühren wäre in Österreich kein europäisches Novum, vielmehr haben eine ganze Reihe von Staaten in den letzten Jahren die Abschaffung der Rundfunkgebühren umgesetzt. So etwa Schweden (2019), Dänemark (2022), Frankreich

(2022) und die Slowakei (2023). In Großbritannien soll die Abschaffung per Ende 2026 erfolgen.

Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk selbstverständlich eine gewisse Art der finanziellen Unterstützung durch den Staat benötigt, er produziert im Idealfall auch öffentlich-rechtliche Inhalte, wäre das Mittel der Wahl hierfür ein mehrjähriger Finanzrahmenplan, wie vielfach bei staateigenen Betrieben erfolgreich eingesetzt. Damit werden sowohl die Österreicher entlastet als auch eine für alle Seiten planbare Redimensionierung des ORF durchgeführt. Daher muss die Finanzierung des ORF auf gänzlich neue Beine gestellt werden.

Die unterzeichneten Delegierten stellen daher folgenden

ANTRAG

Der Präsident sowie die Organe der Wirtschaftskammer Salzburg werden aufgefordert, sich im Zuge der WKÖ dringend bei der österreichischen Bundesregierung und Nationalrat dafür einzusetzen, dass das ORF-Beitrags-Gesetz 2024 abgeschafft wird und eine Umstellung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf eine Budgetfinanzierung mittels mehrjährigen Finanzrahmens stattfinden soll.

Norbert RANFTLER
WKS-Vizepräsident, Fraktionsobmann

Mag. Bernhard RIEGLER-SWOBODA
Delegierter zum Wirtschaftsparlament

KommR Sabine POLLHAMMER
Delegierte zum Wirtschaftsparlament